

KLARTEXT

IN
BLAU

BRIGITTENAU

Danke für 46,2%

Sensationelle 46,2 Prozent gegen das Establishment! (Seite 2)

(Seite 2)

Ära Häupl geht unrühmlich zu Ende (Seite 3)

Freiheitliche Bezirksrätin wurde Opfer eines Überfalles (Seite 4)

Tempolimit und 30er Beschränkung für Radfahrer (Seite 4)

Schiffsanlegestelle beeinträchtigt Nachtruhe (Seite 5)

Wer ist hier ein Opfer? (Seite 5)

Linkslinker Sturm auf die Bezirksvertretung (Seite 6)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Sensationelle 46,2 Prozent gegen das Establishment!



Mit 53,8% wurde Professor Dr. Van der Bellen von den Wahlberechtigten zum Bundespräsidenten gewählt. Ing. Norbert Hofer erreichte 46,2%, wobei er die Stimmen von mehr als 2,1 Millionen Menschen erhielt. Wenn nun die Medien von einer Wahlschlappe oder gar von einer verlorenen Wahl berichten, so ist es mehr die Häme der Erleichterung, dass der 3. NR-Präsident Norbert Hofer nicht als Erster durchs Ziel ging.

Für viele Hofer-Wählerinnen und -Wähler ist das Ergebnis enttäuschend, da ihr Kandidat nicht Bundespräsident geworden ist. Für mich ist es keine Enttäuschung, denn es ist nicht nur das beste Wahlergebnis, das ein FPÖ-Kandidat jemals erreichen konnte, sondern auch ein sehr stabiles. Auch wenn einige wenige Prozentpunkte durch die höhere Wahlbeteiligung verloren gegangen sind, hat die Wahlwiederholung dennoch gezeigt, dass die FPÖ eine respektable Stammwählerschaft verzeichnen kann. Keine Sorge, ich beziehe hier nicht alle für Hofer abgegebenen Wählerstimmen mit ein, aber ich gehe davon aus, dass ungefähr 35 % diese Kernwählerschaft ausmachen. Und mit diesen Prozentpunkten ist die FPÖ bei nächsten Wahlen die Nummer eins, wenn dann SPÖ und ÖVP wieder für ihre eigenen Parteien wahlkämpfen.

Das System aus Politik, Wirtschaft, Kunst & Kultur und Medien hatte großen Respekt vor unserem Kandidaten, denn die Angst vor Verlust von Macht und Einfluss ließ manche zum Handlanger von Van der Bellen verkommen. Etwa Parteichefs wie Häupl, Strolz auch Mitterlehner. Der Industrielle und mit dem „Liberalen Forum“ abgestunkene Möchte-ger-Oligarch Haselsteiner hat viel Geld für die Lügen-Propaganda „Öxit“ bereitgestellt. EU-affine Alt-Politiker haben sich für den Erhalt der wirtschaftlichen und kulturellen Abwärtsspirale in Österreich stark gemacht. Von der subventionierten Kunst- und Kulturszene konnte man nichts anderes erwarten, als gegen einen heimatverbundenen Kandidaten zu wettern. Interessant ist dabei, was sie ALLE vom Bundespräsidenten Ihrer Gnaden Van der Bellen zurückfordern werden?

Zwei Kernaussagen sollte jenen Menschen zu denken geben, die sich unschlüssig doch gegen Hofer entschieden haben. Erstens wurde auf Seiten der VdB-Unterstützer bewusst gelogen, wie z.B. mit der Öxit-Kampagne (lt. Haselsteiner „muss man Populisten mit ihren eigenen Waffen schlagen“) und zweitens sollte der Bundespräsident „ja nicht“ von seinen verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machen und sich „ja nicht“ in tagespolitische Belange einmischen. Die dramatischen Folgen zeigen sich in vielen Bereichen, wie z.B. bei der Bildung, Stichwort „Pisa-Studie“.

Meint Ihr

LABg GR Gerhard Haslinger

Liebe Brigittenauerinnen, liebe Brigittenauer!

Hannovermarkt – der nächste Wiener Skandal?



Wahrscheinlich werden sich viele von Ihnen noch erinnern, dass der Hannovermarkt vor noch nicht allzu langer Zeit umgebaut wurde. Und tatsächlich: Gerade einmal 13 Jahre ist es jetzt her, dass der Markt – durchaus erfolgreich – verkleinert und revitalisiert wurde. Die Finanzierung erfolgte entsprechend den Bestimmungen über die Dezentralisierung aus Mitteln des Bezirksbudgets, wobei dafür auch EU Ziel-2-Förderungsgelder beansprucht wurden. Insgesamt beliefen sich die Ausgaben auf immerhin 3,34 Millionen Euro.

Knapp mehr als 10 Jahre sind ja bei Gebäuden eigentlich noch wirklich keine allzu lange Zeit. Man muss da gar nicht selbst Häuselbauer sein oder über einen Zweitwohnsitz außerhalb Wiens verfügen, um zu wissen, dass nach einer Generalsanierung so bald kein neuerlicher Umbau bevorsteht. Im roten – bzw. jetzt rot-grünen - Wien gehen die Uhren allerdings anders: Im rot-grünen Regierungsübereinkommen aus dem Jahr 2015 ist nämlich im Kapitel 9 zum Thema Märkte der Abriss und die Neuerrichtung des Hannovermarktes festgeschrieben.

Wen wundert es also, wenn man da misstrauisch wird und näheres darüber wissen will. Nachdem sich in letzter Zeit auch immer öfter verunsicherte Marktstandbetreiber an uns gewendet haben, hat die freiheitliche Bezirksratsfraktion in der letzten Sitzung des Brigittenauer Bezirksparlaments im November eine Reihe von Fragen zu diesem Thema an den SPÖ-Bezirksvorsteher Derfler gerichtet.

Und siehe da, der gab sich völlig uninformiert und unwissend, ganz so als ob er nicht einer der Parteien angehören würde, die den völligen Abriss und die Neuerrichtung unseres Bezirksmarktes in ihr Regierungsprogramm aufgenommen haben. Nichts ist ihm von Planungen bekannt, einen Zeitplan kennt er nicht und über die Kosten eines solchen Projektes weiß er auch nicht Bescheid. Beibehaltung der derzeitigen Anzahl an Ständen oder eine radikale Verkleinerung – eventuell wie ja bereits einmal angedacht verbunden mit einer Wohn-(hochhaus) oder sonstigen Verbauung – keine Ahnung!

Ich bin mir ganz sicher, dass auch niemand in den Reihen der roten Wiener Politiker eine Antwort darauf weiß, wie es dazu kommen konnte, dass man im Jahr 2003 über 3 Millionen Euro mehr oder weniger in den Sand setzen konnte. Und schon gar nicht darauf, wer die politische Verantwortung für diesen Skandal trägt. So ist's halt im damaligen roten und jetzt rot-grünen Wien und bis zu den nächsten Wahlen werden's die Wählerinnen und Wähler ja wieder vergessen haben,

fürchtet

Ihr Bezirksvorsteher-Stellvertreter Herbert Grausam

Impressum:

© by FPÖ-Brigittenau 2016

Herausgeber: FPÖ Brigittenau; 1200 Wien, Rauscherstraße 7, +43 (0) 1/330 66 66; brigittenau@fpoe-wien.at

„Klartext in blau“ versteht sich als Forum freiheitlich denkender Menschen, das vor allem Bezirks- und Wien-Themen behandelt. Die gezeichneten Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für den Inhalt der gezeichneten Beiträge sind deren Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Der Klub der Freiheitlichen Bezirksräte Brigittenau;

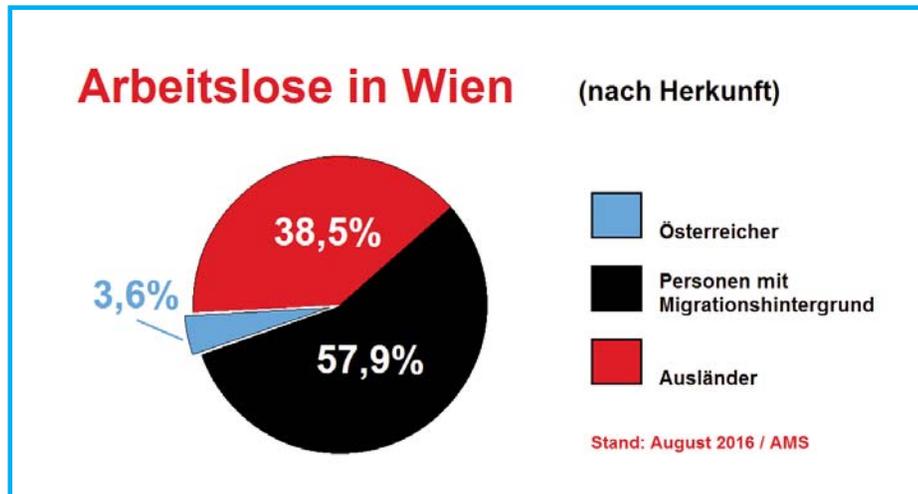
Layout und Satz: Wolfgang Sehner; wolfgang.sehner@aon.at

Titelbild: Quelle: FPÖ; Druck: Druckteam Burkert GmbH.; 2486 Pottendorf; Industriestraße 5.

Erscheinungsform: vierteljährlich, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Wien.

Leserbriefe können aus Platzgründen nicht immer publiziert werden. Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingereichte Beiträge zu bearbeiten. Ein Recht auf Abdruck besteht jedoch nicht. Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Rot-grüne Bilanz 2016: Rekordschulden, Rekordarbeitslosigkeit, Spitalsmisere – Ära Häupl geht unrühmlich zu Ende



talswesen wird ebenfalls an die Wand gefahren. In einer wachsenden Stadt werden Spitäler und Abteilungen geschlossen, das neue Krankenhaus Nord wird immer mehr zum Milliardengrab. Ob und wann es aufsperrt, ist völlig offen. Im städtischen Krankenhausträger KAV herrschen nur für die Direktoren paradiesische Zustände, ansonsten ist die Stimmung unter Ärzten und Pflegepersonal dagegen katastrophal.

Was macht der Bürgermeister?

In so einer tristen Lage der Stadt wäre eigentlich der Bürgermeister gefordert, personelle Konsequenzen aus dem offenkundigen Versagen in seiner Mannschaft zu ziehen. Doch dazu fehlt Michael Häupl schon längst die Kraft. „Seine“ SPÖ widmet sich hingegen einer internen Debatte, die mittlerweile öffentlich ausgetragen wird. Anstelle zumindest den Versuch zu wagen, den „Karren“ wieder flott zu bekommen, streiten die Roten um Posten und Linie. Der Wiener Bürgermeister ist das einzige Stadtobhaupt in Österreich, das kein eigenes Ressort führt, insofern ist er „nicht-amtsführend“. Das sollte ihn vom Tagesgeschäft freispielen, um in wichtigen Fragen das Ruder in die Hand nehmen zu können. Michael Häupl macht jedoch nichts dergleichen. Er widmet sich vielmehr ausgiebig dem Präsidentschaftswahlkampf, wo er den grünen Kandidaten unterstützte. Die Stadt muss daher weiter auf ein Eingreifen Häupls warten. Es hat den Anschein, als ob hier eine Ära in Chaos und Misswirtschaft zu Ende geht. **Es ist daher höchste Zeit für einen Wechsel in Wien, sowohl in personeller als auch in inhaltlicher Hinsicht!**

Labg Dr. Wolfgang Aigner

Das Jahresende ist traditionell die Zeit im Jahr, in der Bilanz gezogen wird. So auch in der Stadtpolitik. Die Bilanz, welche die rot-grüne Stadtregierung ziehen müsste, ist in der Tat erschreckend: In Wien explodieren die Schulden, gleich-

zeitig erreicht auch die Arbeitslosigkeit immer neue Höchststände. Auf Rekordkurs befinden sich auch die Zahlen der Mindestsicherungsbezieher: Hunderte Millionen € müssen zugeschossen werden, um diese Sozialleistung zu finan-



zieren. Der Zuwachs geht fast ausschließlich auf das Konto Asylberechtigter, welche es gerade wegen der hohen Leistungen nach Wien zieht. Während viele Bundesländer Beschränkungen für neu Zugezogene beschließen (in Nieder- und Ober-

österreich müssen Fremde mindestens 5 Jahre in Österreich gelebt haben), weigert sich Rot-Grün beharrlich, der finanziell desaströsen Willkommenskultur ein Ende zu bereiten.

Das traditionell gut ausgebaute Spi-



Freiheitliche Bezirksrätin wurde Opfer eines Überfalles!

Am helllichten Allerheiligentag wurde die Brigittener FPÖ-Bezirksrätin Erika Landegger vor ihrem Haus in der Radingerstraße zum Raub-Opfer. Ein junger ausländischer Mann attackierte sie von hinten, als sie gerade auf ihrem Fahrrad sitzend dabei war die Garageneinfahrt aufzusperren.

Nachdem sie ihr Bauchtäschchen öffnete um den Schlüssel herauszunehmen, wurde sie plötzlich von dem Mann erfasst und massiv bedrängt. Der Täter wollte an die Bauchtasche bzw. die Jacke des Opfers. Nur aufgrund der heftigen Gegenwehr ließ der Täter ab und wollte mit dem Fahrrad des Opfers flüchten. Da Landegger sowohl körperlich als auch verbal den Täter an seinem Vorhaben hindern konnte, trat dieser zu Fuß die Flucht Richtung Reichsbrücke an.

Der Täter konnte gefasst werden, da die Polizei bereits unterwegs war. Passanten hatten wegen eines vorangegangenen Raubversuches den Notruf alarmiert. Bezirksrätin Erika Landegger musste sich in Spitalsbehandlung begeben, da sie im Zuge der Auseinandersetzung eine Ver-

letzung an der Hand erlitten hatte.

Vizebürgermeister Mag. Johann Gudenus hat BRätin Landegger empfangen und ließ sich den Vorfall persönlich schildern.

Das ernüchternde an diesem Vorfall ist auch, dass sich das erste Opfer – laut

Augenzeugen eine junge Frau – bei der Polizei nicht meldete, obwohl sie schreiend vom Täter davon gelaufen war.

So lassen sich natürlich die „sinkenden Kriminalitätszahlen“ leicht erklären.

LABg. GR Gerhard Haslinger



Tempomessgerät und 30er Beschränkung für Radfahrer!

Die Waldmüllergasse wird von der Hartlgasse zur Dammstraße als Einbahn geführt wobei der Streckenabschnitt 84 Meter beträgt. Die Gasse weist nicht nur einen verheerenden Straßenbelag auf, sondern ist auch relativ schmal. Das Radfahren ist gegen die Einbahnführung gestattet.

Aber offenbar dürfte es sich um eine Rennstrecke handeln, wenn man sich die Maßnahmen der Stadt Wien und dem Büro der Bezirksvorstehung ansieht. Zum einen werden die gegen die Einbahn fahrenden Radfahrer mit einem Verkehrszeichen auf die erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h hingewiesen und zum

anderen soll das mobile Tempomessgerät die Autoraser einbremsen. Das Problem ist dabei, dass es nur mit absoluter Rücksichtslosigkeit möglich ist auf über 30 km/h zu kommen, wenn man vor der nächsten Kreuzung wieder anhalten möchte. Dies gilt sowohl für Radfahrer, wie auch für Kraftfahrzeuglenker.

Diese Skurrilität ist für die Wiener Verkehrspolitik unter Stadträtin Vassilakou signifikant.



Schiffsanlegestelle beeinträchtigt Nachtruhe



Auf der Donaupromenade befindet sich im Bereich der Millennium-City seit ca. 50 Jahren eine Schiffsanlegestelle, die aber nur, wenn überhaupt, von Frachtschiffen genutzt wurde. Seit dem Frühjahr 2016 legen nun in unregelmäßigen Abständen auch Passagierschiffe an, die 4 Tage lang an dem Liegeplatz ankern. Da sich am Ufer keine Stromversorgung befindet, müssen die Schiffe mittels Diesel-Aggregat ihre Energieversorgung an Bord aufrechterhalten. Dies führt zu einer störenden aber nicht vermeidbaren Lärmbelastung für die anrainende Wohnbevölkerung.

Aufgrund dieser Beschwerden haben die Brigittenauer Freiheitlichen in der September-Sitzung der Bezirksvertretung den Herrn Bezirksvorsteher mit dieser Situation konfrontiert und eine Anfrage an ihn gestellt. Bei seiner Beantwortung gab er an, dass ihm dieses Problem bekannt war und aufgrund unserer Anfrage mit dem Donauraum Wien Kontakt aufgenommen hatte. Dabei wurde ihm zugesagt, bis zum Frühjahr 2017 einen Stromanschluss errichten zu lassen. Bezüglich des Bus- und Lieferverkehrs von und zur Anlegestelle wird mit den zuständigen Stellen eine Lösung herbeigeführt.

Wie wir Freiheitliche nun aus den Medien entnehmen konnten, wird nun kein Stromanschluss errichtet werden, sondern das betreffende Schiff anderswo an-

legen. An der gegenständlichen Anlegestelle sollen nur mehr Schiffe anlegen dürfen, die keine Lärmbelastung verursachen. Wir wollen hoffen, dass sowohl die Lärmbelastung als auch der

überbordende Fahrzeugverkehr auf der Donaupromenade abgestellt wird und dieser Bereich wieder überwiegend der Erholung dienen kann.

BR Brigitta Schalk



Wer ist hier ein Opfer?

Gratulation für „unsere“ Norbert Hofer für ausgezeichnete 46,21%! In Anbetracht der Umstände können wir Freiheitliche sehr stolz auf dieses Wahlergebnis sein und müssen uns sicherlich nicht als „Opfer“ sehen, wie uns wohl dieser Sticker (gesehen bei der Straßenbahnstation Friedensbrücke) weismachen möchte! „Opfer“ sind wohl eher die, die es scheinbar notwendig haben, fremdes Eigentum auf diese Weise zu verschandeln.

Karin V.

Linkslinker Sturm auf die Bezirksvertretung

Am 16.11. passierte, was offenbar passieren muss, wenn linker Aktionismus, von linksgedrehten Meinungsmachern angeheizt, übermütig wird. Die SLP (Sozialistische Linkspartei) stürmte die Bezirksvertretung Brigittenau, um gegen ein Buch zu demonstrieren, an dem auch unser Bezirksrat Michael Howanietz mitgewirkt hat.

„Wir bringen die Straße in die Parlamente!“ war die Parole, was eine gefährliche Drohung ist, wenn damit die Diffamierung von Mandatären und die Verunmöglichung eines geordneten Sitzungsablaufes gemeint sind. Was die „Aktivistinnen“ vorzubringen hatten war fast so abstrus wie ihr Vorgehen inakzeptabel. Das beanstandete Buch, 2013 veröffentlicht, und 2016 als vermeintliche Wahlkampfmunition gegen den Herausgeber Norbert Hofer entdeckt, behandelt viele Problemstellungen unserer Zeit. In einer Sprache, die keinerlei Wert auf politische Korrektheit legt. Das gefällt nicht allen. Was die Demonstrantinnen aber an wilden Interpretationen daraus machten ist weit überzogener als manche der kritisierten Formulierungen im Buch „Für ein freies Österreich“.

Bürgerkrieg

HC Strache wurde kürzlich von den Systemmedien gescholten, weil er vor einem möglichen Bürgerkrieg in Österreich warnte. Eine ähnliche Warnung enthält das besagte Buch. Weshalb aber die plötzliche Aufregung über ein keinesfalls nur von FPÖ-Vertretern verwendetes Vokabel?

Der EU-Ministerrat beschloss 2014 die Möglichkeit zum europaweiten Einsatz von Polizei und Militär für den Fall von Menschen verursachter Katastrophen. Also etwa Bürgeraufstände. Wozu braucht man diese Möglichkeit? Wozu rüsten euro-



päische Metropolen mit Wasser-Kanonen und anderem schweren Gerät auf, das der Niederschlagung von Unruhen dient, wenn soziale Unruhen oder auch: bürgerkriegsähnliche Zustände ohnehin nicht drohen?

Der Internationale Währungsfonds warnte 2011 vor Unruhen, die UNO 2013. Auch Herr Juncker tat das: „Wer glaubt, dass sich die Frage von Krieg und Frieden in Europa nie mehr stellt, könnte sich gewaltig irren!“ sagte er im Spiegel-Interview. Dass die unkontrollierte Massenmigration vor allem junger moslemischer Männer nach Europa nicht zur Entschärfung der Situation beiträgt, versteht sich von selbst.

Frauenrechte

Einige Systemmedien haben das behauptet, aber weder der Autor noch der Herausgeber haben je gesagt dass Organisationen mit hohem Frauenanteil deshalb an Ansehen verlieren würden. Dieser Satz im Buch ist ein Zitat aus einer Studie und als solches auch erkennbar. Faktum ist: Der Autor trug als vormaliger Klub-

obmann der FPÖ Brigittenau maßgeblich dazu bei, dass wir in unserer Bezirksfraktion heute einen über 50%-Anteil an Frauen haben. Das wäre kaum möglich, hätte Howanietz oder sonst ein führender Repräsentant der Brigittenauer Freiheitlichen etwas gegen Frauen in Beruf oder Politik.

Würden die angeblich um Frauenrechte besorgten Aktivistinnen ihre Zeit sinnvoll nützen und etwa gegen Gewalt an Frauen protestieren, sie hätten unsere volle Unterstützung. Dieser Protest findet aber kaum statt, denn dann dürfte man auch aus Gründen der politischen Korrektheit nicht leugnen, dass Gewalt gegen Frauen nicht ausschließlich aber sehr oft einen ganz speziellen kulturellen Hintergrund hat. Der Lösung des Problems dient auch nicht die ebenfalls politische korrekte Verweigerung der medialen Informationspflicht. Wie im Fall der bestialischen Vergewaltigungsermordung einer deutschen Studentin in Freiburg. Der mutmaßliche Täter ist ein 17-jähriger afghanischer „Schutzsuchender“, ein „armer Flüchtling“ halt?! Schwere Kindheit, traumatisiert ... wir kennen die reflexhafte Nachsichtsrhetorik. Ob die auch die Angehörigen des brutal ausgelöschten Opfers zu trösten vermag?

Ob privat, im Beruf, auf allen politischen Ebenen: in der FPÖ ist es das Selbstverständlichste, dass Frau und Mann einander auf Augenhöhe begegnen. Dort, wo jene herkommen, die seit über einem Jahr unkontrolliert unser Land fluten, ist das häufig anders. Und leider zieht das auch grauenvolle Spuren durch Europa, etwa in der Kölner Silvesternacht. Diese war auch Folge eines Weltbildes, das Frauen jegliche Rechte abspricht. Eines Weltbildes, dem die Willkommenskatscher, es ist zu hoffen: unbewusst, applaudieren, wenn sie Heerscharen junger Männer be-





jubeln, die zwar ohne Frauen, aber mit allen erwartbaren biologischen Bedürfnissen in unser Land kommen.

Zum Thema Umwelt

Fehlende Umweltschutzpolitik? Auch ein unhaltbarer Vorwurf der Sitzungstürmerinnen vom 16.11. Die FPÖ ist die „Umweltpartei“ in der Bezirksvertretung Brigittenau. Allen voran hat unser Umweltsprecher Michael Howanietz in den vergangenen Jahren mehr umweltpolitische Initiativen gesetzt als alle übrigen Fraktionen zusammen (Hilfe für Wildvögel und Wildbienen, Luftqualität, sinnvoller Ausbau erneuerbarer Energien und vieles mehr). Es wurde also auch hier die falschest mögliche Behauptung aufgestellt, nur um zu diskreditieren.

Nebenbei ist Kollege Howanietz mit zahlreichen namhaften Umweltschützern bestens befreundet – nicht zuletzt wegen der gemeinsamen Zielsetzung funktionierenden engagierten Naturschutzes!

Formulierungen

Dass der Mann auch in unseren Breiten lange Zeit unumschränktes Familienoberhaupt war ist eine historische Tatsache. Diese zu erwähnen heißt nicht eine positive Bewertung abzugeben. Genau das aber wurde unterstellt. Es ist eine Tatsachenfeststellung, dass in bäuerlichen Lebensgemeinschaften die helfenden Hände der (eigenen) Kinder willkommen sind. Weil Landarbeit viele Hände braucht. Daraus die Forderung oder auch die Akzeptanz von Kinderarbeit abzuleiten ist weniger lächerlich als vielmehr böswillig!

Das im Buch verwendete Wort „Brutpflegetrieb“ steht gar zur Auswahl für das

„Unwort des Jahres“. - Ein gängiger Begriff der Verhaltensforschung, auch in Anwendung auf den Menschen (siehe z. B. Wikipedia „Brutpflege“). Es ist kein „böses“ und schon gar nicht herablassend zu verstehendes Wort. Auch wenn man es im alltäglichen Sprachgebrauch natürlich nicht verwendet. In Büchern, die provozieren sollen, braucht es aber Sollbruchstellen. Der „Brutpflegetrieb“ gehört dazu. Und Hand aufs Herz: es ist ein vielleicht wunderlicher, aber gänzlich harmloser Begriff, gemessen an manchem, was unseren Kindern heute in sogenannten Liedtexten oder anderen Mediendarbietungen zugemutet wird. Darüber aber spricht man nicht. Denn diese Machwerke gibt ja kein FPÖ-Präsidentschaftskandidat heraus.

Rechtsextrem ...

... sind dieser Tage – angeblich - viele. „Nazi-Vorwurf gegen Van der Bellen“, „Bundeskanzler Kern rechtsextrem“ oder sogar „schlimmer als Rechtsextreme“, das und vieles mehr gab es in den Schlagzeilen der vergangenen Wahlkampfwochen zu lesen. Das Handbuch Freiheitlicher Politik, ein Muster an politischer Vernunft und Ausgewogenheit, ist laut Standard angeblich rechtsextrem und antisemitisch. Natürlich wurde der punkto FPÖ immer wiederkehrende Vorwurf „rechtsextrem“ auch gegen das Buch „Für ein freies Österreich“ erhoben. Laut und vielstimmig (ORF, Puls 4, Kurier ...), um nur ja die wahltaktisch erwünschte Wirkung zu erzielen.

Dass das nicht gelang ist zum einen der Tatsache zuzuschreiben, dass eine überdeutliche Formulierung, eine zugespitzt auf den Punkt gebrachte Meinung deshalb nicht gleich rechtsextrem ist. Zum anderen zieht die sogenannte „Faschismuskeule“ nicht mehr. Die Menschen sind es leid, dass tatsächliche Probleme, die ihnen tagtäglich begegnen, einfach weggeredet werden, und dafür Kunstprobleme geschaffen werden, die niemanden jucken, außer die selbsternannten Wahrer der politischen Korrektheit. Mit der alleine werden wir die Herausforderungen von morgen aber nicht bewältigen. Dazu wird es 1, Problemerkennung und 2, konsequente Problembenennung erfordern, um den Österreichern 3, wieder Sicherheit und hohe Lebensqualität garantieren zu können. Das nämlich ist oberster Auftrag österreichischer Volkvertreter!

Die Aktivistinnen

Ein politisches Programm und einigermaßen seriöse inhaltliche Recherche statt persönlichen Angriffen und Anti-FPÖ als

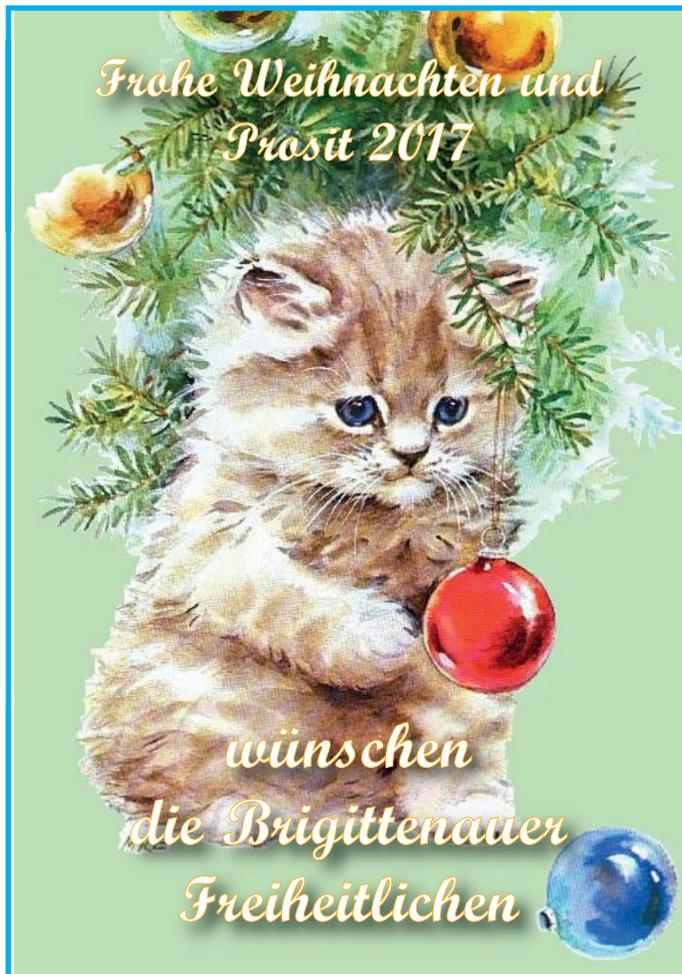


Lebensinhalt könnten bewirken, dass die Aktivistinnen eines Tages auch ein Parlament von innen sehen würden, ohne es dazu „stürmen“ zu müssen. Einfach weil sie von Menschen, die sich durch ihre politische Arbeit vertreten fühlen könnten, hineingewählt würden. Für das einzige Ziel medialer Aufmerksamkeit ein Parlament zu stürmen und damit Demokratie lächerlich zu machen, ist ein Weg, den wir verurteilen.

Die anderen Fraktionen

Die ÖVP verhielt sich angesichts des Überfalls auf die Bezirksvertretung unauffällig. Die Neos ebenfalls. Die Grünen applaudierten den Aktivistinnen und heizten die Stimmung nach Bemühen an. Für die Mandatäre der anderen Fraktionen wurde damit klar, dass den Grünen linker Radau offenbar nähersteht als eine geordnet und ordentlich abgehaltene Sitzung des Bezirksparlaments. Das Verhalten der meisten SPÖ-Mandatäre darf an dieser Stelle als äußerst korrekt bezeichnet werden.





**Wir informieren, beraten,
kontrollieren und vertreten!**

DER SCHLÜSSEL ZU IHREM RECHT!

**UNABHÄNGIG
KOMPETENT
EINSATZBEREIT
UNBEUGSAM**

NUR DEN INTERESSEN SEINER MITGLIEDER VERPFLICHTET!

Telefon: 0664/845 30 88
Web: www.mieterschutzring.at
Email: buero@mieterschutzring.at
Adresse: 1, Bartensteingasse 14 Top 9, 1010 Wien

Ring Freiheitlicher Jugend RFJ 2/20

Engagiert auf der „Insel“

„Geselliges - Sportliches - Informatives“

Radfahren, Bowling, Klettern oder Praterbesuch
Vortrags- und Informationsveranstaltungen

Schach der Langeweile - melde Dich unter

0664 8851 77 70
franz.lindenbauer@fpoe-wien.at



Liebe Brigittenauerinnen, Liebe Brigittenauer,

Sie haben ein Anliegen oder wissen von einem Missstand in der Brigittenau, den Sie aufzeigen und bearbeitet haben wollen?

Wir, die von Ihnen gewählten freiheitlichen Mandatäre im Gemeinderat und in der Bezirksvertretung, setzen uns gerne für Sie ein!

Sie wollen regelmäßig unseren „Klartext“ per Post und über unsere Veranstaltungen, Stammtische und Feste informiert werden?

Lassen Sie sich in unsere Interessentenliste eintragen.

Rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Wir freuen uns auf Sie!

Tel: +43 1 330 66 66

E-Mail: brigittenau@fpoe-wien.at